

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore

CDU

Ratsmitglieder SPD

Maurer, Holger

SPD

Verwaltung:

Dreiner, Christoph

Garn, Thomas

Kranenberg, Eva

Schorde, Susanne

Zschachlitz, Monika

Gäste:

Wilhelm, Wilfried (neues Ratsmitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zu TOP 1

Rosenthal, Werner (AWO Ortsverein Marienheide) zu TOP 11

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss gem. § 60 Abs. 2 GO NRW ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er verweist auf den vorab übersandten Antrag der CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 5 sowie auf die heutige Tischvorlage zu TOP 15.1.

RM Trommershausen beantragt, TOP 12.6 vor dem TOP 7 zu beraten.

Der Ausschuss lehnt diese Veränderung der Tagesordnung mit 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Öffentliche Sitzung:

1	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	
----------	--	--

Als Nachfolger von RM Andreas Nahnsen rückt Herr Wilfried Wilhelm in den Rat der Gemeinde Marienheide nach.

Bürgermeister Meisenberg führt das neue Ratsmitglied Wilhelm in sein Amt ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften

Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Verpflichtung wird pademiebedingt nicht durch Handschlag bekräftigt.

Über die Verpflichtung und Einführung wird eine Niederschrift gefertigt, die beide unterzeichnen.

2	Finanzzwischenbericht	
----------	------------------------------	--

Die Kämmerin Kranenberg gibt zunächst einen Rückblick auf das Haushaltsjahr 2020 und schildert die Auswirkungen der Corona-Krise.

- coronabedingte Mindererträge i. H. v. 2,2 Mio. Euro:
 - Gewerbesteuer
 - Anteil an der Einkommenssteuer
 - Hallennutzungsgebühren
 - OGS Beiträge
- coronabedingte Mehraufwendungen i. H. v. 370.000 Euro:
 - Hygieneartikel
 - Spuckschutz
 - Masken
 - IT Ausstattung
 - Personalkosten

Kompensation

- 1,2 Mio. Soforthilfe Stärkungspakt
- 2,5 Mio. Gewerbesteuerausgleichszahlung

Keine Bilanzierung von Coronaschäden für das Haushaltsjahr 2020

- Gewerbesteuer bricht um 22% ein
- ca.1,6 Mio. Euro unter dem Ansatz
- Sach- und Dienstleistungen
- 91 % des Ansatzes verbraucht

Übersicht über die 10 wichtigsten Haushaltspositionen 2020

	Ansatz 2020	Stand 2020	Abweichung +/-	Abweichung %
Gewerbsteuer	7.013.277 €	5.450.889 €	- 1.562.388 €	-22,28%
Grundsteuer B	2.831.158 €	2.785.511 €	- 45.647 €	-1,61%
Einkommenssteuer	7.163.894 €	6.545.065 €	- 618.829 €	-8,64%
Umsatzsteuer	967.412 €	1.310.604 €	343.192 €	35,48%
Benutzungsgebühren	4.057.170 €	3.844.823 €	- 212.347 €	-5,23%
Personalaufwendungen	4.647.890 €	4.263.707 €	- 384.183 €	-8,27%
Sach- und Dienstleistungen	7.834.428 €	7.121.891 €	- 712.537 €	-9,09%
Kreisumlage	12.748.493 €	12.748.747 €	254 €	0,00%
Sonstige Aufwendungen	1.320.880 €	1.491.531 €	170.651 €	12,92%
Zinsen	705.000 €	591.127 €	- 113.873 €	-16,15%

Jahresabschluss

- Jahresabschluss 2020 ist fertiggestellt
- Positives Jahresergebnis im mittleren sechsstelligen Bereich erzielt
- Feststellung soll noch vor der Sommerpause erfolgen
- Prüfung des Jahresausschlusses hat begonnen
- geplanter Termin Rechnungsprüfungsausschuss
- **15.06.2021 (vor dem HFA)**

Sie berichtet des Weiteren über das Haushaltsjahr 2021 und die Auswirkungen in der Corona-Krise.

- coronabedingte Mehraufwendungen i. H. v. 9.500 Euro:

Masken
Dienstleistungen

Gewerbsteuer ca. 4 % unter dem Ansatz

Übersicht über die 10 wichtigsten Haushaltspositionen April 2021

	Ansatz 2021	Stand April 2021	Abweichung +/-	Abweichung %
Gewerbesteuer	4.564.030 € €	4.428.712	- 135.318 €	-2,96%
Grundsteuer B	2.856.638 € €	2.814.721	- 41.917 €	-1,47%
Einkommenssteuer	6.494.236 € €	1.728.560	- 4.765.676 €	-73,38%
Umsatzsteuer	1.231.453 € €	287.724	- 943.729 €	-76,64%
Benutzungsgebühren	4.165.669 € €	3.971.050	- 194.619 €	-4,67%
Personalaufwendungen	4.913.831 € €	4.263.707	- 650.124 €	-13,23%
Sach- und Dienstleistungen	8.023.737 € €	1.961.019	- 6.062.718 €	-75,56%
Kreisumlage	13.347.085 € €	6.295.222	- 7.051.863 €	-52,83%
Sonstige Aufwendungen	1.454.440 € €	452.835	- 1.001.605 €	-68,87%
Zinsen	695.000 € €	126.485	- 568.515 €	-81,80%

Die coronabedingte Zuweisung von Land/Bund für die Kommunen in 2021 bleibt abzuwarten.

Das Zinsniveau für Liquiditätskredite ist weiterhin negativ.

Fragen des Ausschusses werden beantwortet.

3	Erhebung OGS-Beiträge im Zuge von SARS-CoV-2 (Coronavirus); Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung für Februar 2021	Drucksache Nr. BV/059/21
----------	--	-------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig	
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW: Die Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW vom 08.03.2021 wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt.</p>		

4	Erhebung OGS-Beiträge im Zuge von SARS-CoV-2 (Coronavirus); Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung für März 2021	Drucksache Nr. BV/060/21
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW: Die Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW vom 08.03.2021 wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt.</p>	

5	Erhebung OGS-Beiträge im Zuge von SARS-CoV-2 (Coronavirus); Erlass der Beiträge für April 2021	Drucksache Nr. BV/079/21
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg lässt über den Erweiterungsantrag der CDU-Fraktion, die Aussetzung bis Juni 2021 zu verlängern, abstimmen.

Alle 5 Fraktionen sprechen sich für eine Erweiterung der Aussetzung der Beiträge bis Juni 2021 aus.

Der Beschlussvorschlag wird dementsprechend um die Monate Mai und Juni 2021 ergänzt und abgestimmt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW: Die Gemeinde Marienheide setzt die Erhebung von Elternbeiträgen nach der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGS) vom 29.06.2016 für die Monate April bis Juni 2021 aus.</p>	

6	Erhebung von Entgelten für die sportliche Benutzung von Hallen der Gemeinde Marienheide; Erlass der Entgelte für November 2020 bis April 2021	Drucksache Nr. BV/080/21
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW:

Die Gemeinde setzt die Erhebung von Entgelten für die sportliche Benutzung von Hallen nach der Entgeltordnung vom 21.11.2014 für die sportliche Benutzung von Hallen der Gemeinde Marienheide für den Zeitraum von 01.11.2020 bis 30.04.2021 aus.

7	81. Änderung des Flächennutzungsplanes und 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 "Brucher Talsperre"; modifizierter Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/039/21
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
-------------------	---

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW für den Flächennutzungsplan ein 81. Änderungsverfahren und parallel hierzu für den Bebauungsplan Nr. 42 „Brucher Talsperre“ eine 11. Änderung durchzuführen. Ziel der Bauleitplanungen ist es, die Errichtung eines Wochenendhausgebietes und eines Kiosks/Cafés/Imbiss planungsrechtlich zu ermöglichen. Der räumliche Geltungsbereich der Bauleitpläne geht aus dem Lageplan, welcher dieser Beschlussvorlage beigelegt ist, hervor.

8	9. Änderung des Bebauungsplans Nr. 32 "Reppinghausen", gem. § 13 BauGB a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 und 3 bzw. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB b) Satzungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/040/21
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, zwei Enthaltungen
-------------------	---

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW:

- a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. 13 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen.
- b) Die 9. Änderung des Bebauungsplans Nr. 32 „Reppinghausen“, wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 in Verbindung mit § 7 GO NRW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen.

9	Bebauungsplan Nr. 6 N "Kalsbach", 3. Änderung gem. §13 BauGB; Aufstellungsbeschluss	Drucksache Nr. BV/041/21
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW für den Bebauungsplan Nr. 6 N „Kalsbach“, eine 3. vereinfachte Änderung durchzuführen. Ziel der Bauleitplanung ist es, die überbaubare Grundstücksfläche um 2,00 m in südwestliche Richtung zu erweitern. Der Geltungsbereich der Bauleitplanung geht aus dem Lageplan, welcher dieser Beschlussvorlage beigefügt ist, hervor.</p>	

10	Ausschussumbesetzung	
-----------	-----------------------------	--

10.1	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 31.03.2021; Umsetzung der Ausschüsse	Drucksache Nr. AT/068/21
-------------	---	------------------------------------

Der Umsetzung wird ohne weitere Diskussion gemäß der vorliegenden Zusammensetzung der Ausschüsse einstimmig zugestimmt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW die Umsetzung der Ausschüsse gemäß der beigefügten Liste.</p>	

11	Anregung gem. § 5 Hauptsatzung, AWO Ortsverein Marienheide vom 07.04.2021; Aufnahme von Flüchtlingen sowie Solidaritätserklärung "Sicherer Hafen"	Drucksache Nr. AT/081/21
-----------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg spricht vergleichbare Anträge in den Nachbarkommunen Wipperfürth und Engelskirchen an.

Er fragt das Meinungsbild der Fraktionen ab.

Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Antrag, da er im Gegensatz zu dem früheren Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gut an die Gemeinde Marienheide angepasst wurde und somit auch umsetzbar sei.

Die SPD und UWG-Fraktion stimmt der CDU-Fraktion zu.

Die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion stimmen auch zu, hätten sich aber einen weitergehenden Antrag gewünscht.

Die FDP-Fraktion lehnt diese Willensbekundung nach wie vor ab, da dies Aufgabe des Bundes sei und nicht in die Zuständigkeit einzelner Kommunen fällt. Eine solcher Beschluss sei nicht nötig. Die Gemeinde Marienheide übt ihre Pflichtaufgabe bei der Aufnahme von Flüchtlingen gemäß Schlüsselzuweisung aus.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gemeinde Marienheide bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen und in unserer Gemeinde Schutz zu gewähren, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Europa bzw. Deutschland Zuflucht suchen. 2. Als Zeichen der Menschlichkeit und des andauernden Engagements unserer Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger erklärt der Gemeinderat die Gemeinde Marienheide zu einem „Sicheren Hafen“ für schiffbrüchige Geflüchtete. Als „Sicherer Hafen“ ist die Gemeinde Marienheide bereit und in der Lage im Rahmen ihrer Möglichkeiten aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und unterzubringen. 	

12	Anträge	
-----------	----------------	--

Bürgermeister Meisenberg bittet die Fraktionen, in Anbetracht der pandemischen Lage, auf weitere Begründung ihrer eingereichten Anträge zu verzichten. Er möchte bei jedem Antrag direkt zur Fraktionsabfrage übergehen. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Ihn verwundert die Inflation der Anträge, welche im Widerspruch zur pandemiebedingten Straffung der Ratsarbeit steht. Die SPD-Anträge 12.2, 12.7, 12.8 und 12.10 satteln auf Verwaltungshandeln. Bereits vor Einreichung der Anträge hat er von Anträgen aus den sozialen Medien erfahren, was ebenfalls eine Stilfrage sei.

RM Kronenberg nennt die Vielzahl der Anträge politischen Aktionismus, welche auch im Widerspruch zu geforderten Sitzungsabsagen der SPD-Fraktion stehe. Auch seien die investiven Maßnahmen, welche die Anträge zur Folge haben könnten, in der derzeitigen Lage nicht angebracht.

RM Meckel fragt nach, ob man zukünftig nicht vor jeder Sitzung eine Testpflicht einführen sollte.

BM Meisenberg führt hierzu aus, dass dies seitens des Städte- und Gemeindebundes bereits als unzulässig beurteilt worden sei.

RM Kramer gesteht ein, dass sicherlich die Anträge nicht zwingend für die heutige Sitzung gestellt werden mussten, sieht aber ihre zahlreichen Anträge auch als Anerkennung und Anregungen für die bisher umgesetzten Verwaltungsmaßnahmen. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen müssen nicht unbedingt in diesem Haushaltsjahr umgesetzt werden.

12.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 23.02.2021; Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises zur Begleitung der Regionale 2025	Drucksache Nr. AT/037/21
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg fragt das Meinungsbild der Fraktionen ab.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, allerdings mit Skepsis eines solchen zusätzlichen Arbeitskreises.

Die Bündnis90/Die Grünen sprechen auch ihre Skepsis aus und werden bei einer Gründung mit je einem Mitglied einer Ratsfraktion den Antrag ablehnen und bei zwei Mitglieder je Ratsfraktion ihre Enthaltung aussprechen.

Die UWG-Fraktion und FDP-Fraktion werden zustimmen. RM Rittel führt zusätzlich aus, dass die bisherigen Arbeitsgruppen z.B. im Thema PPP Gesamtschule eine effektive und gute Sache waren.

RM Fuchs betrachtet ein solche Arbeitsgruppe als Aufklärungsgremium und RM Kronenberg fügt hinzu, dass die Mitglieder des Gremiums als Multiplikatoren wirken sollen. Bürgermeister Meisenberg macht nochmals deutlich, dass er ein solches Gremium begrüßt, um ein Feedback und einen guten Informationsfluss innerhalb der Fraktionen zu erhalten. Es handelt sich um ein reines Informationsgremium ohne Entscheidungsbefugnis.

Er verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW:</p> <p>Die Verwaltung wird mit der Bildung eines interfraktionellen Gremiums zur Begleitung des Regionale Prozesses 2025 beauftragt. Um eine effektive Erarbeitung der Themen zu ermöglichen, soll ein kleiner Kreis von jeweils einem Mitglied der fünf Ratsfraktionen gegründet werden.</p>	

12.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 11.03.2021; Einführung einer Durchfahrtsbeschränkung für die Wiesenstraße in Kalsbach für Fahrzeuge bis 3,5 oder max. 7,5 Tonnen	Drucksache Nr. AT/046/21
-------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg schlägt vor, den Antrag auf „Wiedervorlage“ zulegen. Er begründet dies damit, dass die derzeit geschaffene Durchfahrtsmöglichkeit auf Grundlage einer privatrechtlichen Vereinbarung beruht. Ziel sei es, nach einem Ausbau der Straße eine dauerhafte Widmung umzusetzen, um diese Straße als Haupteinschließung zu nutzen.

Für eine beantragte Durchfahrtsbeschränkung der Wiesenstraße sind zahlreiche straßenverkehrsrechtliche Dinge zu beachten, so dass der Oberbergische Kreis derzeit keine Handhabung für eine Umsetzung sieht.

Bürgermeister Meisenberg möchte die öffentliche Erschließung und Umsetzung der Durchfahrtsmöglichkeit positiv begleiten und hierdurch Erfahrungswerte sammeln, um in einigen Monaten eine neue Beurteilung der dortigen Verkehrssituation abzugeben.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich die antragstellende SPD-Fraktion einverstanden.

12.3	Antrag Ratsmitglied Zander-Wörner (Bündnis 2020 Marienheide) vom 25.03.2021; Ermittlung/Umgestaltung Wildblumenpotentialflächen	Drucksache Nr. AT/069/21
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg fragt nach dem Meinungsbild der Fraktionen.

Alle Fraktionen stimmen dem Antrag zu Punkt 3 zu. Im Ortskern werden eher Stauden gewünscht, da Wildblumenflächen kein gepflegtes dauerhaftes Gesamtbild abgeben.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen wünscht sich eine NABU Beteiligung und Beratung im Ausschuss für Klima und Umwelt.

Verwaltungsseitig sieht man mögliche Potentialflächen oberhalb der Kahlenbergstraße, am P & R Parkplatz-Randstreifen sowie neben Wirtschaftswegen.

RM Göldner regt an, auch die Biologische Station Wiehl mit einzubeziehen und regionales Saatgut zu verwenden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW:	
Die Verwaltung wird beauftragt, die Ermittlung von Wildblumenpotentialflächen in die	

Wege zu leiten und den Ausschuss für Klima und Umwelt zu beteiligen. Die Bürgerschaft ist miteinzubeziehen.

12.4	Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 28.03.2021; Beschaffung leichtes Nutzfahrzeug	Drucksache Nr. AT/070/21
-------------	--	------------------------------------

RM Trommershausen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.4 in den nächsten Ausschuss für Klima und Umwelt zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu.

12.5	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 31.03.2021; Stellplatzänderung Glas- und Altkleidercontainer (Zum Wasserturm) sowie Gestaltungsmöglichkeiten der Mauer am Bahnhof	Drucksache Nr. AT/077/21
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg zeigt weitere Fotos von Standorten, an denen, besonders in der Pandemielage, extreme Verschmutzung rund um die Glas- und Altkleidercontainer herrscht. Der Bauhof säubert derzeit vermehrt die Stellplätze. Im ASTO-Gebiet wurde eine 10prozentige Steigerung an „Wildem Müll“ festgestellt. Es sei problematisch, neue Standorte zu finden.
Er fragt die Fraktionen nach ihrem Meinungsbild.

Die Fraktionen der CDU, SPD, UWG erkennen die Problematik, haben allerdings auch keine Ideen für Alternativflächen.
RM Rittel fragt für die FDP-Fraktion, ob eine Auflösung aller Standorte und eine Einrichtung eines zentralen Standortes am Bauhof Sinn machen könnte.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass dies, wie bereits in anderen Kommunen, Mülltourismus zur Folge haben könnte. Auch sei bei einem zentralen Standort eine Überwachung nötig.

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion, RM Trommershausen führt aus, dass die erheblichen Verunreinigungen (Scherben usw.) für Radfahrer und Hunde ein erhebliches Problem sei und einen erbärmlichen Eindruck vom Ortsbild für Gäste darstelle.

Verwaltungsseitig wird nach einer Lösung gesucht. Es werden Gespräche mit der BAV, ASTO und Altkleidersammelstellen geführt und im Nachgang berichtet.

Die Antragstellerin ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Zur Gestaltung der Mauer am Bahnhofsgelände führt Bürgermeister Meisenberg aus, dass im Rahmen des ISEK in diesem Bereich eine Umgestaltung erfolgen wird, so dass derzeit eine „Verschönerung“ keinen Sinn macht.

Die Antragstellerin nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

12.6	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 31.03.2021; Bildung eines Arbeitskreises "Konzept Brucher Talsperre"	Drucksache Nr. AT/078/21
-------------	---	------------------------------------

RM Trommershausen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.6 in den nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu.

12.7	Antrag der SPD-Fraktion vom 25.02.2021 (Eingang 03.04.2021); Prüfung Radwegenetz zwischen Marienheide und Gummersbach	Drucksache Nr. AT/072/21
-------------	--	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.7 in den nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu.

12.8	Antrag der SPD-Fraktion vom 25.02.2021 (Eingang 03.04.2021); Flächenprüfung zwecks Nutzung von Gemeinschaftsgärten (Urban Gardening)	Drucksache Nr. AT/074/21
-------------	---	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.8 in den nächsten Ausschuss für Klima und Umwelt schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu.

12.9	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2021 (Eingang 03.04.2021); Prüfung einer Errichtung einer Fußgänger-/Fahrradbrücke über die Bahnstrecke	Drucksache Nr. AT/071/21
-------------	--	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.9 in den nächsten Bau- und Planungsausschuss zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Bau- und Planungsausschuss zu.

12.10	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2021 (Eingang 03.04.2021); barrierefreie Wandermöglichkeiten in der Gemeinde Marienheide	Drucksache Nr. AT/073/21
-------	---	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.10 in den nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Freizeit, Kultur und Tourismus zu.

12.11	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2021 (Eingang 03.04.2021); Entwicklung kommunales Energiekonzept	Drucksache Nr. AT/075/21
-------	---	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.11 in den nächsten Ausschuss für Klima und Umwelt zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu.

12.12	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2021 (Eingang 03.04.2021); Labormessung (Medikamentenrückstände u. Mikroplastik) Klärwerk Marienheide	Drucksache Nr. AT/076/21
-------	--	------------------------------------

RM Geisel stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt TOP 12.12 in den nächsten Ausschuss für Klima und Umwelt zu schieben.

Der Ausschuss stimmt der Verweisung in den Ausschuss für Klima und Umwelt zu.

12.13	Antrag Ratsmitglied Zander-Wörner (Bündnis 2020 Marienheide) vom 15.04.2021; Prüfung der Notwendigkeit, Funktion und Kosten des Ausschusses für Klima und Umwelt	Drucksache Nr. AT/083/21
-------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass vor 5 Monaten ein einstimmiger Beschluss zur Gründung des Ausschusses für Klima und Umwelt gefasst worden und vor 3

Monaten die entsprechende neue Zuständigkeitsordnung einstimmig erfolgt sei. Er fragt nach dem Meinungsbild der Fraktionen.

Alle 5 Fraktionen lehnen den vorliegenden Antrag ab.

Eine zusätzliche Abstimmung erfolgt nicht.

13	Anfragen	
-----------	-----------------	--

13.1	Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.03.2021; Digitalisierung der Verwaltung	Drucksache Nr. AN/067/21
-------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg verweist auf die Tischvorlage und teilt mit, dass Nachfragen gerne im Nachgang der Sitzung an die Verwaltung gerichtet werden können.

14	Beitritt der interkommunalen Einkaufsgemeinschaft KoPart eG	Drucksache Nr. BV/082/21
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Namen des Rates gem. § 60 Abs. 2 GO NRW unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2021</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Beitritt der Gemeinde Marienheide zur interkommunalen Einkaufsgemeinschaft KoPart eG mit Sitz in Düsseldorf und 2. die Zahlung des einmaligen Betrages in Höhe von 750,00 € zum Erwerb eines Geschäftsanteils. 3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Beitrittserklärung rechtsverbindlich abzugeben. 4. In der Generalversammlung der KoPart eG wird die Gemeinde Marienheide durch den Bürgermeister vertreten. 	

15	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 2 GO NRW am 23.02.2021	Drucksache Nr. IV/047/21
-----------	---	------------------------------------

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Nachfragen stellen sich keine.

16	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

2. Bauabschnitt zum Verkehrskonzept

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass sich der Beginn des 2. Bauabschnittes um ca. 3 Wochen verzögern wird, da es derzeit massive Lieferengpässe bei Baustoffen (Kanalrohre) gibt. Baubeginn wird voraussichtlich nach Pfingsten sein. Bis dahin wird die dauerhafte Fahrbahnmarkierung auf der Leppestraße erfolgen, die Baumaßnahme an der Scharder Straße (Mauersanierung) und die Maßnahmen in der Klosterstraße fertiggestellt, so dass verkehrstechnisch keine Probleme zu erwarten seien.

Das Baustellenmanagement wird zukünftig wieder regelmäßig über den Fortgang des Bauabschnittes informieren.

Zustand Wald/Wirtschaftswege

RM Rittel erkundigt sich, wer die Kosten für die Wiederherstellung der Wege trägt. Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass die Forstbetriebsgemeinschaft sowie die Eigentümer für die Kosten aufkommen müssen. Das Tiefbauamt steht im laufenden Austausch mit den Betroffenen und koordiniert gemeinsam die Wiederherstellung.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Stefan Meisenberg
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde